

– Muster – Projektvorschlag



Für Projektträger, die eine Gebietskörperschaft oder in 100%-iger Trägerschaft (Beteiligung) des Landes oder seiner Gemeinden oder Landkreises sind.

Projektnummer*

Projektvorschlag zur RL InvKG nach § 4 InvKG und Art. 104b GG*

Ersteinreichung oder Überarbeitung

Datum der Ersteinreichung

Datum der letzten Änderung nach Ersteinreichung

Projektname (Arbeitstitel)*

Sächsisches Braunkohlerevier

- Lausitzer Revier
 Mitteldeutsches Revier

Förderbereich nach §4 InvKG und Art. 104b GG *

1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur
 2. Verkehr (ohne Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen)
 3. Öffentliche Fürsorge
 4. Städtebau, Stadt- und Regionalentwicklung
 5. Digitalisierung, Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur
 6. Touristische Infrastruktur
 7. Infrastrukturen für Forschung, Innovation und Technologietransfer sowie ergänzende betriebliche Aus- und Weiterbildung
 8. Klima- und Umweltschutz
 9. Naturschutz und Landschaftspflege

1. Projektträger §

Name

Art

Rechtsform

Anschrift

Beim Projektträger handelt es sich um eine Gebietskörperschaft oder um einen Projektträger in 100 % Trägerschaft (Beteiligung) des Landes oder seiner Gemeinden oder Landkreises.

- ja
 nein

1.2. Ansprechpartner* §

Name

Vorname

ggf. Organisation

ggf. Position

ggf. alternative Anschrift

E-Mail

Telefon

1.3. Bei Beauftragung durch mehrere Beteiligte (Kooperationen)*

- 1.3.1. Es liegt eine Kooperation mit mehreren Beteiligten vor.
- 1.3.2. Der Kooperationsvertrag ist als Anlage beigefügt.

1.3.3. Kooperationspartner

[Empty text box for cooperation partners]

2. Projektort §

2.1. Ortsangaben

| Landkrs. / kreisfr. Stadt | Kommune | Ortsteil | Adresse | Gemarkung / Flst. |
|---------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------------|
| [Empty box] | [Empty box] | [Empty box] | [Empty box] | [Empty box] |

2.2. Der Projektträger ist bzw. wird

- (Grund-)Eigentümer Erbbauberechtigter
- Nutzer und zur Durchführung der Investition vertraglich Berechtigter (gleichwertige Nutzungsrechte bis zum Ende der Zweckbindungsfrist – z.B. Miete und Pacht). Der Vertrag ist als Nachweis beizufügen.

3. Projektinhalt (Kurzbeschreibung)*

[Empty text box for project content]

4. Beitrag des Projektes für einen erfolgreichen Strukturwandel

- 4.1. Das Projekt führt zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen*

Erläuterungen:

| | |
|--|-------------|
| Anzahl durch das Projekt geschaffene, induzierte Arbeitsplätze | [Empty box] |
| Anzahl durch das Projekt geschaffene, induzierte Ausbildungsplätze | [Empty box] |
| Anzahl direkt oder mittelbar gesicherte Arbeitsplätze | [Empty box] |
| Anzahl direkt oder mittelbar gesicherte Ausbildungsplätze | [Empty box] |
| Summe voraussichtlich gesicherte bzw. geschaffene Arbeits- und Ausbildungsplätze | [Empty box] |

- 4.2. Projekt führt zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur u. zur Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts

Erläuterungen:

- 4.3. Die Investitionen entsprechen den aktuellen Nachhaltigkeitszielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie*
- 4.4. Die Investitionen sind unter Berücksichtigung künftiger demografischer Entwicklungen nutzbar*

4.5. Zuordnung Zielbild und Handlungsempfehlung gemäß Handlungsprogramm

[Empty text box for goal and recommendation]

4.6. Handlungs- und Projektfeld gemäß Strukturstärkungsgesetz Kohleregion, Anlage 1 (LR) bzw. Anlage 2 (MR)*

[Empty text box for action and project field]

4.7. Nutzende des Projekts

[Empty text box for project beneficiaries]

5. Projektfinanzierung

5.1. Vorsteuerabzugsberechtigung **§**

5.1.1. Für die Projektumsetzung besteht eine Vorsteuerabzugsberechtigung in Höhe von

5.2. Durchführungszeitraum **§**

5.2.1. Projektlaufzeit*

Laufzeit von

Laufzeit bis

5.2.2. Umsetzungs- / Baubeginn

geplanter Beginn*

frühestmöglicher Beginn

spätestmöglicher Beginn

5.2.3. Erläuterungen zum Durchführungszeitraum

5.3. Projektausgaben (Jahresscheiben)* **§**

2023

2024

2025

2026

€

€

€

€

5.4. Ausgaben und Finanzierungsplan

5.4.1. Aktueller Planungsstand*

Planungsstand (mindestens LP 2):

Zeitpunkt voraussichtliche Vorlage LP3 nach HOAI (falls nicht schon erreicht):

Erläuterungen:

5.4.2. Ausgabenplan*

Gesamtausgaben:

davon Grunderwerb:

davon Begleit- und Folgemaßnahmen:

davon Baunebenkosten:

Nicht förderfähige Ausgaben:

Mehrwertsteuer (sofern vorsteuerabzugsberechtigt, ggf. anteilig):

davon zuwendungsfähig:

| |
|----------------------|
| <input type="text"/> |
| <input type="text"/> |
| <input type="text"/> |
| <input type="text"/> |
| <input type="text"/> |
| <input type="text"/> |
| <input type="text"/> |

Erläuterungen zu den Ausgaben:

5.4.3. Finanzierungsplan*

Beantragte Zuwendung nach RL InvKG:

Beantragte Zuwendung nach RL InvKG*:

- 2,5 Prozentpunkte (Kategorie C)
- 5,0 Prozentpunkte (Kategorie D)
- 7,5 Prozentpunkte (Kategorie D), aufgrund von außerordentlichem überregionalem strukturpolitischem Interesse)

| |
|--|
| |
| |
| |
| |
| |
| |
| |
| |
| |
| |

Beantragte Zuwendung Landesmittel - private Träger:

Sonstige Mittel*:

davon Sonstige Zuschüsse:

davon Kapitalmarkt-/ Förderergänzungsdarlehen:

davon Spenden:

davon weitere:

Erläuterungen zu den Ausgaben:

notwendige Eigenmittel:

Summe Finanzierung:

davon weitere:

| |
|--|
| |
| |
| |

5.4.4. Weitere Fördermittel

- Für das Projekt werden/wurden weitere Fördermittel beantragt.

Förderprogramm

Förderzusage liegt vor

5.4.5. Förderprogramm STARK

- Für die Finanzierung des Gesamtprojekts wurde ein STARK-Antrag gestellt/bewilligt.

Mittel

Aktenzeichen BABA

6. Erklärungen und Informationen

6.1. Vorhabensbeginn* §

- Der Vorhabensbeginn ist noch nicht erfolgt.

6.2. Zusätzlichkeit der Maßnahme*

- Die Maßnahmen sind „zusätzlich“ nach § 4 Abs. 4 InvKG.

6.3. Gesamtfinanzierung §

- Die folgenden Eigenmittel sind oder werden im Haushalt veranschlagt:
- Die Gesamtfinanzierung (einschließlich Unterhalts- und Betriebskosten) ist bzw. wird gesichert.

6.4. Projekteinnahmen **§**

- Mit der Realisierung des Projekts werden künftig Gewinne erzielt oder gesteigert, geschätzte Höhe p.a.:

Erläuterungen:

6.5. Erklärung bei Investitionen an Schulgebäuden und deren Außenanlagen* **§**

- Es handelt sich um eine Investition an Schulgebäuden bzw. deren Außenanlagen.
- Die Nutzung des Schulgebäudes beziehungsweise dessen Außenanlage sind unter Berücksichtigung der absehbaren demografischen Entwicklungen und der Maßgabe des § 4a des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (SächsGVBl., S. 731) geändert worden ist, für die Dauer der Zweckbindung gesichert. Für Projekte im Landkreis Bautzen holt der Landkreis selbst im Rahmen der Vorprüfung die erforderlichen Stellungnahmen der zuständigen Stellen ein.

6.6. Erklärung bei Investitionen an Kindertageseinrichtungen und Kinderpflegestellen* **§**

- Es handelt sich um eine Investition an Kindertageseinrichtungen und Kinderpflegestellen.
- Die Einrichtung ist im Bedarfsplan des Jugendamtes aufgenommen oder die Aufnahme wurde vom Jugendamt verbindlich bestätigt.
- Für Projekte im Landkreis Bautzen holt der Landkreis selbst im Rahmen der Vorprüfung die erforderlichen Stellungnahmen der zuständigen Stellen ein.

6.7. Bestätigung bei baulichen Investitionen* **§**

- Es handelt sich um eine bauliche Investition.

Die bauliche Anlage erfüllt mindestens die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes:

- ja nein Nicht zutreffend

Begründung, warum dieser Punkt nicht zutrifft:

- Die bauliche Anlage übererfüllt die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (bitte im Grobkonzept erläutern, sofern zutreffend).
- Die bauliche Anlage befindet sich außerhalb von festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten
- Die bauliche Anlage liegt in einem festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet, ist aber Bestandteil einer städtebaulich erwünschten Maßnahme innerhalb historisch gewachsener Gemeindegebiete.
- Eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Wasserbehörde liegt vor.
- Für Projekte im Landkreis Bautzen holt der Landkreis selbst im Rahmen der Vorprüfung die erforderlichen Stellungnahmen der zuständigen Stellen ein.

6.8. Subventionserhebliche Tatsachen

- Der Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i.V.m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden. Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt, dass die im Projektvorschlag mit **§** gekennzeichneten Angaben und Erklärungen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind und ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist.

Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlung (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind. Nach § 3 SubvG sind dem Zuwendungsempfänger die bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAS unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Förderentscheidung über die Gewährung einer Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

6.9. Anlagen

- Die beigefügten Anlagen stehen nicht im Widerspruch zu den im Formular erklärten Angaben.

7. Zusatzinformationen bei betrieblicher Aus- und Weiterbildung

- Beim Projektvorschlag handelt es sich um ein Projekt zur ergänzenden Aus- und Weiterbildung.
- Eine Bedarfsanalyse und ein Nutzungskonzept sind als Anlage beigefügt.
- Bedarfsanalyse und Nutzungskonzept werden nachgereicht bis zum

8. Anlagen* §

Weitere Unterlagen wurden dem Projektvorschlag elektronisch beigefügt, eine gesonderte Übersendung in Papierform ist nicht erforderlich.

| Nr. | Art | Datei | Hochgeladen am |
|-----|--|-------|----------------|
| 1. | [Pflicht] Datenblatt | | |
| 2. | [Pflicht] Grobkonzept | | |
| 3. | [Pflicht] Kostenschätzung / Kostenberechnung | | |
| 4. | [Pflicht] Lageplan | | |
| 5. | [Pflicht] Unterschriebenes Freigabeformular | | |
| 6. | [Pflicht] Wirtschaftlichkeitsuntersuchung | | |

Die SAS kann weitere Unterlagen vom Projektträger anfordern, sofern diese zur Beurteilung der Förderfähigkeit und Förderwürdigkeit des Projektes erforderlich sind.